

Antragsteller*in: SPD- und CDU-Rtasfraktion	Nr.: 2021/1313 Status: öffentlich Antrag vom: 02.12.2021				
Antrag: Resolution zum Erhalt des ehemaligen Polizeigefängnisses als Lern- und Erinnerungsort					
Beratungsfolge: <table border="0"> <tr> <td><i>Datum</i></td> <td><i>Gremium</i></td> </tr> <tr> <td>14.12.2021</td> <td>Rat der Stadt</td> </tr> </table>		<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>	14.12.2021	Rat der Stadt
<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>				
14.12.2021	Rat der Stadt				

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Herne unterstützt die bürgerschaftliche Initiative, im Zellengebäude des Polizeiamts an der Bebelstraße einen ständigen historischen Lern- und Erinnerungsort einzurichten.

Sachverhalt:

Das ehemalige Polizeigefängnis, der Innentrakt des 1929 eingerichteten Polizeiamtsgebäudes am Friedrich-Ebert-Platz, war in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur ein Ort extremer Gewaltanwendung. Hier waren Widerständler aus der Arbeiterbewegung, Oppositionelle aus den christlichen Kirchen, Zeugen Jehovas, jüdische Bürgerinnen und Bürger, Sinti und Roma sowie Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene unter widrigsten Bedingungen inhaftiert und wurden misshandelt. Viele von ihnen wurden von hier aus in Straf- und Konzentrationslager oder zu Hinrichtungsstätten in der näheren Umgebung verbracht.

An diesem authentischen Ort der NS-Gewaltherrschaft in unserer Stadt soll eine Mahn- und Gedenkstätte eingerichtet werden, so fordert seit 2019 die bürgerschaftliche Initiative. Eine solche Einrichtung könnte zu einem Orientierungspunkt des kulturellen Gedächtnisses der Stadt werden, weil das Polizeigefängnis ein besonderes Symbol für die in unserer Stadt geplanten und begangenen Verbrechen während der NS-Diktatur ist. Zugleich könnte in Zusammenarbeit mit den Herner Schulen hier ein Ort für historisch-politisches Lernen entstehen. Das würde ein Lernen aus der Geschichte ermöglichen, das dem Andenken an die Opfer verpflichtet ist und demokratische Einstellungen und Kompetenzen fördert.

Diese Initiative findet eine breite Unterstützung, von der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, der Islamischen Gemeinde Röhlinghausen, dem Evangelischen Kirchenkreis Herne, dem Dekanat Emschertal, der Arbeiterwohlfahrt Herne, dem DGB Stadtverband Herne und vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Auch sind in Herne und in den Nachbarstädten mehrere Geschichtsarbeitskreise, Archive und Schulen an einer Bündelung ihrer Aktivitäten in diesem Gebäude interessiert. Außerdem passt sich das Polizeigefängnis in ein Ensemble von Erinnerungsorten im Ruhrgebiet ein.

Dieses für die Entwicklung der Herner Innenstadt und die Region bedeutungsvolle Projekt ist aktuell in hohem Maße gefährdet, weil die Polizeiinspektion im kommenden Jahr ausziehen wird und der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) das Gebäude ohne einen Hinweis auf die Einrichtung und Erhaltung eines Lern- und Erinnerungsorts Polizeigefängnis Herne zum Verkauf ausgeschrieben hat. Daher sollten Interessenten für den Erwerb dieser Immobilie auf die Bedeutung dieses Vorhabens und seine Umsetzung hingewiesen werden.

Anlagen:

Original des Antrags

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Frank Dudda
Rathaus Herne
Friedrich-Ebert-Platz 2
44623 Herne

Herne, 2. Dezember 2021

Antrag der Fraktionen von SPD und CDU: Resolution zum Erhalt des ehemaligen Polizeigefängnisses als Lern- und Erinnerungsort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der Fraktionen von SPD und CDU bitten wir Sie, den nachfolgenden Antrag in die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates der Stadt am 14. Dezember 2021 aufzunehmen:

Resolution zum Erhalt des ehemaligen Polizeigefängnisses als Lern- und Erinnerungsort

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Herne unterstützt die bürgerschaftliche Initiative, im Zellengebäude des Polizeiamts an der Bebelstraße einen ständigen historischen Lern- und Erinnerungsort einzurichten.

Begründung:

Das ehemalige Polizeigefängnis, der Innentrakt des 1929 eingerichteten Polizeiamtsgebäudes am Friedrich-Ebert-Platz, war in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur ein Ort extremer Gewaltanwendung. Hier waren Widerständler aus der Arbeiterbewegung, Oppositionelle aus den christlichen Kirchen, Zeugen Jehovas, jüdische Bürgerinnen und Bürger, Sinti und Roma sowie Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene unter widrigsten Bedingungen inhaftiert und wurden misshandelt. Viele von ihnen wurden von hier aus in Straf- und Konzentrationslager oder zu Hinrichtungsstätten in der näheren Umgebung verbracht.

im Rat der Stadt Herne

An diesem authentischen Ort der NS-Gewaltherrschaft in unserer Stadt soll eine Mahn- und Gedenkstätte eingerichtet werden, so fordert seit 2019 die bürgerschaftliche Initiative. Eine solche Einrichtung könnte zu einem Orientierungspunkt des kulturellen Gedächtnisses der Stadt werden, weil das Polizeigefängnis ein besonderes Symbol für die in unserer Stadt geplanten und begangenen Verbrechen während der NS-Diktatur ist. Zugleich könnte in Zusammenarbeit mit den Herner Schulen hier ein Ort für historisch-politisches Lernen entstehen. Das würde ein Lernen aus der Geschichte ermöglichen, das dem Andenken an die Opfer verpflichtet ist und demokratische Einstellungen und Kompetenzen fördert.

Diese Initiative findet eine breite Unterstützung, von der Jüdischen Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen, der Islamischen Gemeinde Röhlinghausen, dem Evangelischen Kirchenkreis Herne, dem Dekanat Emschertal, der Arbeiterwohlfahrt Herne, dem DGB Stadtverband Herne und vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Auch sind in Herne und in den Nachbarstädten mehrere Geschichtsarbeitskreise, Archive und Schulen an einer Bündelung ihrer Aktivitäten in diesem Gebäude interessiert. Außerdem passt sich das Polizeigefängnis in ein Ensemble von Erinnerungsorten im Ruhrgebiet ein.


Dieses für die Entwicklung der Herner Innenstadt und die Region bedeutungsvolle Projekt ist aktuell in hohem Maße gefährdet, weil die Polizeiinspektion im kommenden Jahr ausziehen wird und der Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) das Gebäude ohne einen Hinweis auf die Einrichtung und Erhaltung eines Lern- und Erinnerungsorts Polizeigefängnis Herne zum Verkauf ausgeschrieben hat. Daher sollten Interessenten für den Erwerb dieser Immobilie auf die Bedeutung dieses Vorhabens und seine Umsetzung hingewiesen werden.

Für die SPD-Fraktion



Udo Sobieski
Fraktionsvorsitzender

Für die CDU-Fraktion



Timon Radicke
Fraktionsvorsitzender